

Sehr geehrter Herr Vroom,

vielleicht erinnern Sie sich an den kurzen Wortwechsel mit einer kleinen Gruppe von Schwimmern im Flur der Bürgerschaft nach der Bäderdebatte am 28. August 2018. Sie bemerkten bei der Gelegenheit, dass Sie Frau Stahmanns Aussage, dass das Unibad nicht sanierbar sei, Glauben schenken. Erlauben Sie, dass ich Ihnen dazu einige Fakten vortrage.

In der Debatte hatte Herr Zenner von der FDP gefragt, warum der Universität das Unibadgelände zugesprochen und das Unibad deshalb abgerissen werde. Weshalb sei dies zwingend notwendig und höher zu gewichten als der Erhalt des Bades für die Bürger? Diese zentrale Frage stellen sich die schwimminteressierten Bremer auch. Wir, die BI Pro Unibad, befassen uns seit 2014 mit der Bäderfrage, können sie aber auch nicht beantworten.

Nachdem sich schnell erwiesen hatte, dass das Bäderkonzept als Sparmodell nicht taugte und die Ansätze in die Höhe schnellten, war von den Kosten nicht mehr die Rede. Stattdessen wurde nun von Herrn Fries und Frau Stahmann die Nichtsanierbarkeit des Unibades behauptet. Wir fragten im Sportamt nach und erfuhren, übrigens nach monatelangem Hin und Her, im Juli 2018, dass kein neues Gutachten vorliege. Nach wie vor gilt demnach das fortgeschriebene PBR-Gutachten, in dem die Sanierbarkeit des Unibades ausdrücklich bestätigt wird.

Die Nichtsanierbarkeit ist demnach ein Märchen, allerdings nicht das einzige. Zusätzlich wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass der Universität das Unibad "gehöre". Auch das ist falsch und irreführend.

Ich habe mir im Universitätsarchiv die Gründungsdokumente vorlegen lassen. Ein Hallenbad mit zehn 50 m-Bahnen, Nichtschwimmerbecken und weiterer Ausstattung wäre bei dem geringen Bedarf des Sportstudiengangs, für den das kleinere Studiobad vorgesehen war, nie zu rechtfertigen gewesen. Von Anfang an war das Unibad für Vereine, Schulen und die Öffentlichkeit bestimmt. Die Sportanlagen, vor allem das Bad, waren nämlich ein 'Verflechtungsschwerpunkt' zwischen Stadt und Universität, worauf man in der Gründungsphase großen Wert legte. Und so wurden die Sportanlagen vom Land Bremen der Universität "zur Nutzung übergeben", so heißt es, und der Rektor wurde Hausherr. Dieser Anachronismus gilt bis heute, zum großen Schaden des Bades und der wahren Eigentümer, der Bürger.

Der Staat hätte längst, spätestens mit der Einstellung des Sportstudiengangs, das Bad in die eigene Verantwortung übernehmen müssen. Die Universität hat vor 9 oder 10 Jahren dem Land Bremen das Bad auch angeboten, aber die Bremer Bäder lehnten wegen der notwendigen Sanierung ab. Dass aber die Universität weder die Aufgabe noch die Mittel hat, ein Bad für die Allgemeinheit zu sanieren, musste dem Senat klar sein. Er hat also, so ist zu vermuten, in Kumpanei mit der Universität die Abwicklung des Bades durch Vernachlässigung, Irreführung der Öffentlichkeit und das eilige Durchpeitschen seines Bäderkonzepts nachdrücklich betrieben. Nur so ist zu erklären, dass die Bremer Bäder das Unibad ebenso wie das Horner Bad verwahrlosen ließen und die Regierung zusammen mit dem Sportamt die Sanierungsalternative seit 2014 totschweigen. Mit dieser Taktik sind die Öffentlichkeit, wahrscheinlich auch das Parlament sowie die Vereine wirkungsvoll getäuscht worden. Wiederholt haben wir von Vereinschwimmern gehört, dass man ihnen wörtlich gesagt habe, wenn Ihr die neue Schwimmhalle ablehnt, bekommt Ihr gar nichts. Das Märchen von der Nichtsanierbarkeit des Unibades war nötig, um die Vereine zum Einverständnis zu bewegen.

Alle drei von der Koalition gegen den Unibaderhalt ins Feld geführten Gründe sind hinfällig: die Einsparung, die Nichtsanierbarkeit und der Eigentumstitel der Universität.

Aktuell hat sich die Bäderfrage noch einmal zugespitzt. Unter Druck gibt die Koalition den berechtigten Forderungen der Initiativen aus dem Bremer Westen nach, macht sie sich sogar zu eigen. Damit wird aber Frau Stahmanns Bäderbudget von knapp 40 Mio. € weiter strapaziert. Die Selbstbefreiung der Regierung aus dem 'Bäderkorsett', wie Herr Zenner es zutreffend nannte, ist überfällig. Mindestens 10 Mio. €, wahrscheinlich deutlich mehr, könnten eingespart werden und in den Westbadneubau einfließen, wenn auf den unzureichenden, von den Bürgern abgelehnten Schwimmhallenneubau in Horn zugunsten der Erhaltungssanierung von Unibad und Horner Bad verzichtet würde. Es sieht aber so aus, als sollte diese naheliegende, fast zwingende Lösung unbedingt vermieden werden. Das ist nur vor dem Hintergrund der tabuisierten Unibadsanierung verständlich. Die Opposition hat in der Bürgerschaft zurecht verlangt, dass sie endlich neu erwogen werden muss.

Dies wollte ich Ihnen zur Information mitteilen. Ihr Vertrauen in Frau Stahmann ist sicher eine gute Arbeitsgrundlage, aber wir mussten nun einmal feststellen, dass die angebliche Nichtsanierbarkeit nicht der Wahrheit entspricht.

Mit freundlichem Gruß

Renate Decke-Cornill
BI Pro Unibad